

Unverkäufliche Leseprobe



Otfried Höffe
Ist die Demokratie zukunftsfähig
Über moderne Politik

334 Seiten, Paperback
ISBN: 978-3-406-58717-7

1. Einführung

Eine Politik, die drohende Übel erst erkennt, wenn sie sich deutlich zeigen, verletzt ihre Grundaufgabe. Ebenfalls verletzt sie ihre Aufgabe, wenn sie Chancen nicht rechtzeitig ergreift, überdies, wenn sie das Gemeinwesen für Innovation und Kreativität nicht offenhält. An den Pflock des Augenblicks nicht gebunden, lebt der Mensch nämlich aus der Vergangenheit und im Blick auf die Zukunft. Notgedrungen erwartet er von der Politik, daß sie sich darauf einstellt, für die Zukunft eine facettenreiche Verantwortung übernimmt und dafür aus der Vergangenheit lernt. Eine Gesamtverantwortung für die Zukunft darf man niemandem, auch der Politik nicht, aufbürden. Weil noch andere Faktoren hereinspielen, Sachgesetzmäßigkeiten, natürliche und gesellschaftliche Vorgaben, die Politik anderer Gemeinwesen, nicht zuletzt die einzelnen Menschen selber, wird die Politik nie Herr über die Zukunft. Mit gutem Grund erwartet man jedoch eine Elementar- und Rahmenverantwortung: beispielsweise für den inneren und den äußeren Frieden, für Rechte und Freiheiten sowie für die Rechtssicherheit, aber auch für materielles Auskommen, seit langem für die Bildung und Ausbildung, für das Gesundheitswesen und die Sozialversicherungen, die Chancengleichheit nicht zu vergessen. Ein Gemeinwesen, das diese Verantwortungen für die Zukunft wahrnimmt, darf zukunftsfähig heißen.

Sowohl Mitglieder autokratischer Staaten, also Bürger, die primär Untertanen sind, als auch die veritablen Bürger, die Mitglied einer Demokratie sind, blicken teils in Sorge, teils in Hoffnung auf die Zukunft. Und die Bürger erwarten, was Untertanen sich zumindest wünschen: daß die Gemeinwesen sich auf die Sorgen und die Hoffnungen einstellen, daß sie für die Zukunft entsprechende Verantwortung übernehmen und zu diesem Zweck eine hohe Zukunftsfähigkeit entwickeln.

Die Menschen hegen nicht bloß diese Erwartung; sie haben auch recht, da die Gemeinwesen genau dafür zuständig sind: das menschliche Zusammenleben nicht allein in der Gegenwart zu ordnen, sondern es auch im Blick auf die Zukunft zu gestalten.

Erstaunlicherweise ist die Zukunftsfähigkeit trotzdem kein klassisches Thema der politischen Philosophie. Indirekt spielt sie natürlich eine Rolle; die Entstehung des politischen Denkens bei den Griechen läßt sich schwerlich ohne einen Gedanken der Zukunftsfähigkeit verstehen. Als direkter Gegenstand, als Grundbegriff der klassischen politischen Philosophie, tauchen aber Zukunft und Zukunftsfähigkeit nicht auf. Diese Sachlage beeinflusst die Art der Erörterung. Üblicherweise führt die Philosophie zumindest im Vorübergehen ein Gespräch mit ihrer Tradition. Die sogenannten systematischen Überlegungen gehen selten anders vor, nur schränken sie beim jeweiligen Thema oft das Gespräch auf Zeitgenossen ein, deren Beiträge sie für den neuesten Stand der Debatte halten. Mangels klassischer Debatten entfällt bei der Zukunftsfähigkeit ein Großteil dieser Gespräche. Weil man hier Neuland betritt, braucht man hier noch andere Inspirationsquellen, und mehr als einen Versuch kann man nicht beanspruchen. (Zu einem Überblick aus sozialwissenschaftlicher Sicht s. Kocka 2007.)

Dieser Versuch ist kein Essay im klassischen Sinn, keine Abhandlung, die ihren Gegenstand kunstvoll erörtert. Beabsichtigt ist eine Untersuchung, die sich nicht annähernd um Vollständigkeit der Themen und der Argumente bemüht, also eine Abhandlung mit dem Mut zum Fragmentarischen. Ohnehin darf man hier, wie generell von der Philosophie, keine Handreichungen, keine Rezepte erwarten. Trotzdem bleibt das methodische Repertoire der Philosophie reich. Es umfaßt die phänomenologische Erhellung des Gegenstandes und zugleich Klärung des Begriffs («Was heißt <Zukunftsfähigkeit>»). Es enthält die Suche nach Argumentationsmustern und Prinzipien und wirft, ohne selber empirische Forschung zu betreiben, doch einen Blick in die Wirklichkeit. Der moralische Zeigefinger und die Klage über die schlech-

ten Zeitläufte gehören aber nicht in das philosophische Repertoire.

Einer Politik, die drohende Übel erst spät erkennt, mangelt es nicht bloß an Verantwortung. Da sie ihre Macht- und zugleich Legitimationsgrundlage gefährdet, fehlt es ihr auch an Klugheit. Dasselbe trifft auf die andere Seite, nicht die drohenden Gefahren, sondern die sich abzeichnenden Chancen zu: Eine Politik, die sie erst wahrnimmt, wenn sie offen zutage treten, zeichnet sich weder durch verantwortliche Voraussicht noch durch ein aufgeklärtes Selbstinteresse, durch Klugheit, aus. Daher die Frage dieser Studie: Wie kann die Politik, wie kann die moderne Demokratie Zukunftsfähigkeit entwickeln, um ihrer Verantwortung vor den Bürgern gerecht zu werden, nicht zuletzt, um ihre Existenzgrundlage, ihre Macht, zu sichern? Nach dem Ideal der Demokratie fallen beide sogar zusammen, das Eigeninteresse der Macht und die Verantwortung für die Bürger.

Vierorts ist die Demokratie noch nicht verwirklicht. Als wünschenswerte Grundgestalt ist sie aber weithin anerkannt, zumindest verbal. Der Weg dorthin, eine fortschreitende Demokratisierung, gilt fast überall als positive Entwicklung: als politischer Fortschritt. Eine Studie über die Zukunftsfähigkeit von Demokratie geht nicht davon aus, daß alle Gemeinwesen schon Demokratien geworden sind. Sie untersucht aber, wie die Staatsform wirklicher Bürger, die Demokratie, sich sinnvollerweise auf die Zukunft einstellt.

Für Individuen müssen wir mit Geburt und Tod rechnen und damit, daß in der Zwischenzeit die Kräfte erst aufblühen, dann nachlassen und trotz gestiegener Lebenserwartung schließlich schwinden. Die Politik hat dagegen die Aufgabe, ein Schwinden der Kräfte und das schließliche Sterben ihres Gemeinwesens nicht nur hinauszuschieben, sondern zu vermeiden. Wo ein Gemeinwesen von einem Bürgerkrieg, eventuell sogar dem Zerfall heimgesucht wird, hat die Politik in einem Höchstmaß versagt. Auch gewalttätige Revolutionen zeigen die vorausgehende Unfähigkeit zu friedlichen Reformen, also ein Politikversagen, an. Bringt dagegen die Politik

erforderliche Reformen rechtzeitig auf den Weg, sorgt sie darüber hinaus, mit oder ohne Reform, für den gesellschaftlichen Spielraum, in dem sich Innovation und Kreativität entfalten, so verfügt sie über Zukunftsfähigkeit, und sie verfügt darüber um so mehr, je früher sie die allfälligen Reformen einzuleiten und je offener sie den gesellschaftlichen Spielraum zu halten vermag. Auch die globale Finanzkrise ist zu einem erheblichen Teil auf ein Politikversagen zurückzuführen, nämlich auf eine nicht ausreichende politische Kontrolle der Finanzmärkte.

Heute findet die Politik unter externen Bedingungen statt, die die unterschiedlichen Staats- oder Verfassungsformen gleicherweise bestimmen. Dazu gehören die machtvolle Präsenz des elektronischen Weltnetzes, des Internets, und eine Globalisierung, die aber im Gegensatz zur immer noch vorherrschenden ökonomistischen Verkürzung in drei Dimensionen stattfindet. Die einschlägigen Phänomene sind sattsam bekannt: daß die Menschheit in einer globalen Gewaltgemeinschaft, einer nicht bloß ökonomischen Kooperationsgemeinschaft und in einer Schicksalsgemeinschaft von Not und Leid lebt.

Man kann die zugrundeliegenden Entwicklungen als einen Modernisierungsprozeß verstehen, der zu einem Gutteil vom Westen ausgegangen ist, mittlerweile aber alle Gesellschaften, wenn auch nicht in derselben Intensität, erfaßt. Diese Sachlage steuert dem angeblichen «Kampf der Kulturen» entgegen: Trotz beträchtlicher Unterschiede zwischen den Kulturen und noch mehr zwischen den Epochen gibt es weitgehend gleiche Aufgaben und bei der Verantwortung für die Zukunft wesentliche Gemeinsamkeiten.

Versteht man die angedeuteten Entwicklungen als Modernisierungsprozesse, so hat der Ausdruck eine deskriptive Bedeutung. Er beschreibt Bedingungen der Gegenwart, denen sich selbst diejenigen schwerlich entziehen können, die sich diesen Bedingungen, weil sie belasten, entgegenstemmen oder sie, weil sie Ressentiments hervorrufen, verachten. In dieser Studie hat «Modernisierung» noch eine zweite Bedeutung: In einem normativen Sinn darf sich ein

Gemeinwesen «modern», und zwar im politischen Sinn «modern» nennen, wenn es den die Menschenrechte einschließenden Kern der liberalen Demokratie anerkennt und zuverlässig durchsetzt.

Erörtert wird die Zukunftsfähigkeit vornehmlich im Blick auf die Demokratie. Weil sie nicht überall herrscht, sie mancher Hoffnung zum Trotz nicht einmal als ein Selbstläufer erscheint, der sich über kurz oder lang überall in der Welt durchsetzt, kann es aber auf die Demokratie allein nicht ankommen. Im übrigen ist es für den Systemvergleich wichtig zu sehen, welche Aufgaben die Demokratie und ihr Gegensatz, die Autokratie, miteinander teilen, wo es sogar gemeinsame Lösungsmuster gibt und ob bei den Lösungsunterschieden die Demokratien den Autokratien überlegen sind.

Offensichtlich besitzt die Demokratie einen Legitimationsvorsprung. Denn sie rechtfertigt die in der Politik enthaltene Herrschaft vom Menschen über Menschen von den Betroffenen her. In der Systemkonkurrenz stellt sich allerdings die Frage, ob die Demokratie für ihren Legitimationsvorsprung den hohen Preis einer geringeren Zukunftsfähigkeit zahlt. Dabei kommt es nicht auf einzelne Aspekte an. Insbesondere erläge man erneut einer ökonomistischen Verkürzung, wenn man wie gebannt nur auf die Wirtschaft und hier bloß auf die Wachstumsraten der letzten ein oder zwei Generationen schaut. Entscheidend ist eine Gesamtbilanz der oben angedeuteten Faktoren. Erst wenn man beim inneren und äußeren Frieden sowie der Rechtssicherheit beginnt, dann auf das Auskommen und eine hohe Beschäftigungschance achtet, wenn man das Bildungs- und Gesundheitswesen sowie die Sozialversicherungen berücksichtigt, ferner Rechte, Freiheiten und Chancengleichheit nicht vergißt, auch an die Effektivität der Staatsorgane, an die Überwindung von Korruption, nicht zuletzt an Toleranz und an Innovationsfähigkeit denkt, kann man abschätzen, ob die Demokratie der Autokratie unterlegen oder ob sie zumindest konkurrenzfähig, sogar überlegen ist.

Vielleicht muß sie aber, um tatsächlich überlegen zu sein, sich noch fortentwickeln. Es gibt genügend Defizite, die die derzeitigen

Demokratien vor einer selbstgerechten Zufriedenheit warnen. Tritt spätestens wegen entsprechender Fortentwicklung die Konkurrenzfähigkeit, besser noch: Überlegenheit hinzu, so erweist sich die Demokratie aber in einem zweiten Sinn als zukunftsfähig: Sie vermag nicht bloß die Zukunft einigermaßen zu bewältigen, sondern hat wegen dieser Bewältigungsfähigkeit als Staatsform eine Zukunft.

Noch aus einem anderen Grund schaue man nicht lediglich auf die Demokratie. Weil sich im Zeitalter der Globalisierung Fragen der Zukunftsfähigkeit stellen, empfiehlt es sich, von den Unterschieden der Staatlichkeit und der Verfassungsform einmal abzu- sehen und auf die Ähnlichkeiten achtzugeben.

Die Ähnlichkeiten beginnen mit einem modernitätsunabhängigen Moment: daß man die Verantwortung für die politische Zukunft in der jeweiligen Gegenwart wahrzunehmen hat. Obwohl die Zukunft als das Noch-Nicht stets unsicher, daher risiko- oder hoffnungsreich, überdies vieldeutig ist, entscheidet sich die Zukunftsfähigkeit in der Gegenwart. Hier und jetzt hat man zu überlegen, was die Zukunft bringen könnte; hier und jetzt macht man sich Sorgen oder Hoffnungen oder begnügt sich nüchtern mit realistischen Erwartungen; in der Gegenwart sind die unterschiedlichen Szenarien und alternative Reaktionen zu entwerfen und ist am Ende zu entscheiden, was man im Blick auf die Zukunft unternimmt und was man unterläßt.

Modernitätsunabhängig ist auch der allein sinnvolle Anspruch der Politik: Eine Zukunftskompetenz im Sinn einer Macht, die die Zukunft beherrschen will, ist unmöglich. Man vermag die Zukunft nicht einmal vorherzusehen, geschweige denn, sie nach den eigenen Plänen durchzugestalten. Und was der Mensch generell nicht vermag, kann auch die Politik nicht leisten. Auf der einen Seite kennt man bestenfalls einige wenige Faktoren, aber nicht jene Gesamtkonstellation und deren Bedeutung für das Gemeinwesen, aus denen die zukünftige Gegenwart bestehen wird. Andererseits kann man selbst von den bekannten Faktoren nur einen Teil beeinflussen.

In der alleinigen Verfügungsgewalt der Politik liegt fast kein Faktor. Infolgedessen besteht die zu suchende Zukunftsfähigkeit lediglich im Vermögen, sich für die Zukunft zu wappnen, sich gegen leidvolle Entwicklungen zu wehren und günstige Entwicklungen, sofern sie sich abzeichnen, zu stärken und, wo sie noch fehlen, ins Rollen zu bringen. Herr über die Zukunft kann weder eine Demokratie noch eine Autokratie werden.

Nicht erst eine so hochentwickelte Staatsform wie die Demokratie und auch nicht erst ihre heutigen Alternativen setzen sich mit der Zukunft auseinander. Weil es schon früher, weit früher geschieht, ist mit inter- und transkulturell gültigen Elementen zu rechnen. Um die charakteristische Gestalt von heute zu profilieren, blickt diese Studie auch auf andere Kulturen und gibt sich dabei nicht mit den heute anerkannten fremden, nichtwestlichen Kulturen zufrieden. Es genügt auch nicht, so weithin bekannte Fremde wie die frühe Neuzeit, das Mittelalter, Rom und Athen zu berücksichtigen. Um den darin liegenden Eurozentrismus, die Konzentration auf die europäische Kultur, abzumildern, öffne man sich auf heute so unbekannte Fremde wie die altorientalischen Kulturen und die Indianerkulturen.

Für eine zeitgenössische Zukunftsfähigkeit sind Bedingungen wesentlich, die für die heutige Politik den Rahmen abgeben. Einige haben einen anthropologischen Hintergrund, sind daher so gut wie unveränderbar. Andere sind leichter zu ändern, so daß die Demokratie und jede Politik, und zwar sowohl deren Praxis als auch die Theorie, sich klugerweise auf sie einstellen: *Teil I*.

Die Rahmenbedingungen stecken den Horizont ab, in dem die Zukunftsfähigkeit gefordert ist. Dazu gehört, daß man die Demokratie nicht als eine selbstverständliche Vorgabe ansieht. Mag man sie im Westen als klar überlegen einschätzen – der in Zeiten der Globalisierung erforderliche interkulturelle Blick hält sie für eine Staatsform, die sich zu rechtfertigen hat. Und weil die Rahmenbedingungen die Zukunftsfähigkeit herausfordern, zeigen sie schon auf die Aufgaben, an denen sich die Zukunftsfähigkeit zu bewähren hat.

Wie die Politik mit der Zukunft umgeht, hängt, wie gesagt, nicht von ihr allein ab. Von den zahlreichen Vorgaben sind der Politik einige im Prinzip bekannt, andere spielen sich dagegen hinter ihrem Rücken ab. Zu den so gut wie unvermeidlichen Vor-Bestimmungen gehören Grundeinstellungen, sich zur natürlichen, zur sozialen und zur personalen Welt zu verhalten. Sie stellen tiefreichende Weichenstellungen dar, die sich großenteils sehr früh, lange vor der Moderne herausbildeten.

Derartige Verhaltensmuster werden in dieser Studie in *Teil II* unter dem Titel «Strategien» untersucht. Im wörtlichen Verständnis ist der Stratege ein Feldherr, und Strategie heißt die Art und Weise, wie er einen gesamten Krieg führt. Mittlerweile haben die Ausdrücke ihre militärische Bedeutung weitgehend verloren. «Strategie» heißt jetzt die Art und Weise, wie jemand, sei es eine Person, eine Institution oder ein gesellschaftliches Teilsystem, sich für seine Ziele, die verschiedenen Facetten der Macht einsetzt. Ein philosophischer Versuch wie diese Studie gibt sich mit Strategien in dem technokratisch verengten Sinn von Verfahren nicht zufrieden, mit deren Hilfe man kleine Ziele geschickt erreicht. Es kommt vielmehr auf jene ebenso weitläufigen wie umfassenden Aufgaben an, die in der Zukunftsfähigkeit zusammenlaufen. Weil die Aufgaben nur langfristig zu bewältigen sind, kann man statt von «Strategien» auch von «strategischen Prozessen» sprechen. Mit Strategien oder strategischen Prozessen versucht ein Gemeinwesen, den Lauf der Welt langfristig und möglichst stark «zu beeinflussen».

Die Studie schließt mit dem Versuch einer Antwort auf die Leitfrage, inwiefern die Demokratie Zukunftsfähigkeit besitzt, und ob sie dabei den Alternativen wie autokratischen Regimes per saldo überlegen oder eher unterlegen ist: *Teil III*.

Noch eine generelle Bemerkung: Zu vielen der zu behandelnden Teilfragen gibt es weitläufige Debatten. Ist es für die Leitfrage erforderlich, so tritt die Studie in die einschlägigen Feindebatten ein, andernfalls wird auf sie nur verwiesen.

Entstanden ist die Studie in einem Forschungsjahr, das das Baden-Württembergische Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst großzügig unterstützt hat. Die Anregung zum Rahmenthema kam vom Heidelberger Assyrologen Stefan Maul, der die gemeinsame Leitfrage, wie die Politik mit der Zukunft umgeht, für den Alten Orient untersucht. Ich danke dem Ministerium für seine finanzielle Unterstützung und meinem Kollegen für seine Initiative, ferner sowohl ihm als auch Wolfgang Hellmich und meinem Tübinger Kollegen PD Dr. Wolfgang Schröder sowie den Mitgliedern zweier Arbeitskreise, den Referenten und Teilnehmern zweier Symposien für zahlreiche Anregungen, nicht zuletzt meinen Mitarbeitern Dirk Brantl, M. A., Axel Rittsteiger, M. A. und Giovanni Rubeis, M. A.

Tübingen im Herbst 2008